



Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba
E-mail: astrid.koba@wiesbaden.de

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 01.02.2008

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 14. Februar 2008, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Mitteilungen
3. Fragestunde
4. **07-F-25-0129**

Altersgerechtes Wohnen - Modellprojekt "Wohnen im Verbund"
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP vom 05.12.2007 -

Vorbemerkung:

Die Anpassung von Infrastruktur und Hilfsangeboten an den zunehmenden Bevölkerungsanteil älterer Menschen und deren geänderten Bedürfnisse ist eine zentrale kommunale Aufgabe. Oberstes Ziel ist es dabei, dem Bedürfnis nach eigenverantwortlicher und selbst bestimmter Lebensgestaltung

bestmöglich Rechnung zu tragen. Hilfe beim selbständigen Leben im Alter, insbesondere der eigenständigen Haushaltsführung, haben Vorrang vor der Unterbringung in einem Alten- bzw. Altenpflegeheim. Letztere ist im Interesse der Betroffenen so weit wie möglich hinauszuschieben. Dabei leistet die Vernetzung von ambulanten und stationären Hilfsangeboten einen wesentlichen Beitrag.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften ein Modellprojekt „Wohnen im Verbund“ für ältere Menschen zu entwickeln.
2. Dabei sind in räumlicher Nachbarschaft zu einer Einrichtung der stationären Altenpflege altersgerechte, d.h. insbesondere barrierefrei gestaltete, Wohnungen zu etablieren. Den Bewohnern stehen im Rahmen des „Wohnens mit Service“ diverse Dienstleistungsangebote zur Verfügung (z.B. ambulante Pflege, Unterstützung bei der Haushaltsführung, Reinigungsarbeiten, Transport von Einkäufen usw.) zur Verfügung.
3. Gleichzeitig erfolgt eine Vernetzung mit den medizinischen und pflegerischen Hilfsangeboten der stationären Altenpfleeinrichtung.

5. 08-F-01-0014

Eine Bewirtschaftung städtischer Immobilien mit Augenmaß sichern
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 29.01.2008 -

Eine Immobilienbewirtschaftung mit Augenmaß sichert der Stadt Einfluss und Steuerungsmöglichkeiten bei strategischen Fragen der Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung sowie der Schaffung und Sicherung von Wohnraum.

Für die Umsetzung solcher strategischer Entscheidungen bedient sich die Stadt heute und auch in Zukunft lediglich im konkreten Einzelfall kommunaler Gesellschaften, die Entscheidung über die Strategien obliegt aber in jedem Fall der Stadtverordnetenversammlung.

Die städtische Immobilienbewirtschaftung kann unter diesen Gesichtspunkten nicht ausschließlich in das Ermessen einer Gesellschaft gestellt werden, die selbst bei kommunaler Beteiligung vorrangig Aspekte der Wirtschaftlichkeit zu berücksichtigen hat.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und wie eine Optimierung der Liegenschaftsverwaltung im zuständigen Fachdezernat erfolgen kann, bzw. zu berichten, welche Hindernisse einer Optimierung entgegenstehen.

Bis zur Vorlage dieses Berichts wird die Entscheidung über die Übertragung städtischer Liegenschaften auf eine zu gründende GmbH CoKG zurückgestellt.

6. 08-F-25-0013

Verbesserung der Infrastruktur für Fahrradfahrer

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 30.01.2008 -

Eine Verbesserung der Situation für Radfahrer in Wiesbaden ist dringend geboten. Dies betrifft insbesondere die Situation am Hauptbahnhof.

Derzeit parken pro Tag 120 bis 150 Räder (abhängig von der Jahreszeit) und ca. 10-15 Roller auf dem dafür vorgesehenen Bahnsteig am Gleis 10 des Hauptbahnhofs. Von den 120 Rädern sind ca. 20 - 30 Räder dort schon länger abgestellt und blockieren dadurch wertvollen Stellraum. In einem Zeitraum von drei Monaten sammeln sich auf diesem Weg ca. 50 - 60 Räder an, davon einige in guter Qualität.

Diese sollen im Wege einer Beschäftigungsinitiative ausgeschlachtet oder bei Eignung neu aufgebaut werden. Dazu soll von der Bauhaus Werkstatt Wiesbaden (BWW) eine Fahrradstation am Hauptbahnhof eingerichtet werden, die von acht Projektteilnehmern im Rahmen einer Arbeitsgelegenheit nach dem SGB II - ggf. in Abstimmung mit der Wiesbadener Jugendwerkstatt (WJW) - unter fachlicher Anleitung betrieben wird.

Die angebotenen Dienstleistungen der Fahrradstation, zusätzlich zum Recycling von Rädern, sollen folgende Leistungen einschließen, wobei hierdurch keine Konkurrenz zu privaten Anbietern geschaffen werden soll:

- a) Bereithalten von Leihräder, z.B. für Wiesbadener Bürger, die mit dem Bus am Bahnhof ankommen, Einpendler, die mit der Bahn nach Wiesbaden kommen, Touristen, die Wiesbaden und die Umgebung erkunden wollen, Hotels, die für ihre Kunden Räder ausleihen wollen
- b) Überwachung und Pflege der Fahrradparkplätze: Räder, die geparkt und nicht mehr abgeholt werden, sollen markiert und ggf. eingesammelt werden.
- c) Reinigungsarbeiten an Fahrräder Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger sowie die Durchführung einfacher Wartungs- und Reparaturarbeiten
- d) Wartung der Diensträder der Stadt

Der Fahrradstation wird der hintere Teil des Bahnsteiges zur Verfügung gestellt, der als Fahrradparkzone ausgewiesen ist (ab Eingangstor Lilien-Carree gleisauwärts). Dies geschieht unentgeltlich durch die Bahn, die auch Energie zur Verfügung stellt. Auf diesem Platz sollen eventuell zwei Container aufgestellt werden für Büro, Werkstatt und Lagerung.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Initiative beim Einrichten einer Fahrradstation am Hauptbahnhof zu unterstützen. Die Unterstützung der Initiative beinhaltet eine intensive Anschubfinanzierung. Die dafür benötigten Gelder sind im Haushalt 2008/2009 eingestellt.
2. die Initiative beim laufenden Betrieb des Projekts bei Einbindung privater Dienstleister und freier Träger zu unterstützen;
3. ein Jahr nach Einrichtung der Fahrradservicestation im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung über die Einrichtung der Arbeitsgelegenheiten zu berichten.

7. 08-F-25-0014

Wiesbaden im Städteranking

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 30.01.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden stellt fest, dass die Stadt in den Städterankings der Wirtschaftswoche und der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) in Bezug auf die Ausbildungsplatzsituation, die Wirtschaftsfreundlichkeit und die haushaltspolitische Lage nur mittelmäßig abschneidet.

Die dem Städteranking zugrundegelegten Daten unterscheiden sich jedoch deutlich von den veröffentlichten Erklärungen des Oberbürgermeisters, des Magistrats und der Fachverwaltung der Stadt Wiesbaden.

Im Interesse der Stadt und ihrer Bürger muss besonderer Wert darauf gelegt werden, dass Wiesbaden in den Medien möglichst attraktiv dargestellt wird, damit gerade Wirtschaftsunternehmen ihre Standortentscheidungen zugunsten von Wiesbaden treffen - und so zusätzliche Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze und Steuereinnahmen erreicht werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert daher den Magistrat auf, die Ursachen für die nach seiner Ansicht falsche Datengrundlage des Städterankings bei der Wirtschaftswoche und der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zu analysieren und auf eine entsprechende Korrektur hinzuwirken.

8. 08-F-04-0001

Verbesserung der Patientenversorgung in den städtischen Kliniken
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion DIE REPUBLIKANER vom 30.01.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu berichten, was er zu tun gedenkt um die Versorgung der Patienten in den HSK zu verbessern.

9. 08-F-07-0003

Denkmalschutzbeirat
- Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 29.01.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in Bälde den von §3 Absatz 3 des Hessischen Denkmalschutzgesetzes (vom 05.09.1986) geforderten Denkmalschutzbeirat für die Landeshauptstadt Wiesbaden einzuberufen. Laut Gesetz soll er aus Sachverständigen bestehen, weisungsunabhängig sein und die Denkmalschutzbehörden bei der Durchführung ihrer Aufgaben unterstützen.

10. 08-F-06-0001

Mobilität für ALLE - Freie Fahrt als Teil der HessenCard
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 04.01.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zur Sicherung der Mobilität von Menschen mit kleinem Budget oder in spezifischen sozialen Lagen wird für folgende Gruppen eine unentgeltliche Nutzung des ÖPNV in der Region Wiesbaden Rheingau-Taunus-Kreis nach Preisstufe 4 eingeführt:

Leistungsempfänger/innen nach SGB II, Asylbewerber/innen, Behinderte mit einem Behinderungsgrad von 50% und mehr sowie alle anderen Menschen, die unter die Einkommensgrenze nach § 85 SGB XII fallen.¹

11. 08-F-06-0005

Vorschläge zur weiteren Verbesserung der Aussagekraft des Politischen Informationssystems Wiesbaden (PIWi)
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 29.01.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zur weiteren Verbesserung der Aussagekraft des Politischen Informationssystems Wiesbaden (PIWi) sind nachstehende Erweiterungen inhaltlich und programmtechnisch zu realisieren:

1. Die Tagesordnungen der Stadtverordnetenversammlung, ihrer Ausschüsse, sowie die der Ortsbeiräte sind rechtzeitig in das Informationssystem einzustellen.
2. Die Fragen der Stadtverordneten zur Fragestunde in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und die Antworten des Magistrats sind in das PIWi aufzunehmen und dort zu veröffentlichen.
3. Jede vom Magistrat (in Stadtverordnetenversammlung, Ausschüsse, Ortsbeiräte) eingebrachte öffentliche Sitzungsvorlage wird in **vollem Wortlaut und - falls vorhanden - mit den dazugehörigen Anlagen, Berichten und Gutachten** öffentlich gemacht.
4. Jede vom Magistrat eingebrachte öffentliche Sitzungsvorlage enthält Angaben zum einreichenden Dezernat, zu Ansprechpartner/in und zu Erreichbarkeit der-/desselben.
5. Sowohl bei den Fraktionsanträgen als auch bei den Sitzungsvorlagen des Magistrats ist das Abstimmungsverhalten (Zustimmung, Ablehnung, Enthaltung) aller Fraktionen (ggfs. von einzelnen Stadtverordneten) zu dokumentieren. Dies betrifft das Abstimmungsverhalten in der Stadtverordnetenversammlung (Tagesordnung I bis III), in den Ausschüssen und den Ortsbeiräten.
6. Das Politische Informationssystem Wiesbaden (PIWi) enthält künftig auch Angaben zu den Aufwandsentschädigungen der Mandatsträger/innen sowie aus deren Tätigkeiten in kommunalen Kontrollgremien und Gesellschaften.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

¹ Doppelter Eckregelsatz (347,--€) zzgl. Miete und Zuschlägen für Familienangehörige.

Tagesordnung II

1. **07-F-25-0014** **DL 08/08-1**
Neuordnung der Aufklärung von Unregelmäßigkeiten
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP vom 01.02.2007 -

2. **07-V-04-0008** **DL 02/08-1**
Omnibusbetriebshof

3. **07-V-33-0008** **DL 48/07-6**
Abschlussbericht 112. Vergleichende Prüfung "Kraftfahrzeugzulassungsstellen"
ANLAGE

4. **07-V-51-0003** **DL 52/07-5**
Genehmigung von üpl. Haushaltsmehrausgaben zur Kostenübernahme von
Kindertagesstättengebühren und -beiträgen für das Haushaltsjahr 2006

5. **07-V-51-0051** **DL 52/07-6**
Ersatzneubau für die Kindertagesstätte der Ev. Matthäusgemeinde

6. **07-V-51-0057** **DL 52/07-7**
Sofortprogramm für Bildung und soziale Teilhabe
ANLAGE

7. **07-V-51-0059** **DL 01/08-2**
Bericht zur Gewährung von SGB XII-Leistungen in Wiesbaden 2007

8. **07-V-63-0007** **DL 01/08-8**
Abbruch und Neubau eines Ladengeschäftes mit Wohnungen in Wiesbaden, Kirchgasse 11
9. **07-V-66-0226** **DL 52/07-8**
Tempo-30-Zone, Richard-Wagner-Straße, Wiesbaden-Nordost
10. **07-V-66-0241** **DL 52/07-9**
Autofreies Rheinufer - Straßenneubau zur Umfahrung der Reduit in Mainz- Kastel
11. **07-V-66-0315** **DL 52/07-10**
Westring - Verlegung einer Gasleitung (städtischer Anteil gemäß Konzessionsvertrag)
12. **07-V-67-0017** **DL 52/07-11**
Fasanerie; Erweiterung des naturpädagogischen Zentrums
13. **07-V-80-2354** **DL 05/08-1 NÖ**
Sanierung Spiegelgasse 9; Ausführungsplanung
14. **07-V-80-6004** **DL 52/07-13**
Dienstanweisung über die Vergabe von Lieferungen und Leistungen (DVL); Anhebung von Freigrenzen
ANLAGE
15. **07-V-80-8014** **DL 48/07-13**
Projekt: "Haushaltsnahe Dienstleistungen" - 2. Projektverlängerung

16. 08-V-36-0005

DL 08/08-5, 06/08-1

Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Antrag auf Vorbescheid gem. §§ 6, 9, 16 BImSchG zur wesentlichen Änderung des Kraftwerkes Mainz durch Erweiterung um ein Kohleheizkraftwerk

17. 08-V-41-0001

DL 02/08-9

Abschluss der Internationalen Maifestspiele 2007

Tagesordnung III

1. 07-F-06-0045

Einrichtung eines Schulmittelfonds

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 07.11.2007 -
- Beschluss des Ausschusses für Soziales Nr. 0014 vom 23.01.2008 -

ANLAGE

2. 07-V-30-0023

DL 52/07-3

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Wiesbaden-Medenbach

3. 07-V-36-0035

DL 01/08-1

Mittelfreigabe für Hochwasserschutz- und Hochwasserlenkungsmaßnahmen im Ortskern Sonnenberg

4. 07-V-40-0032

DL 36/07-10

Geschwister-Scholl-Grundschule - Dämmung der Turnhalle

ANLAGE

5. **07-V-40-0047**

DL 02/08-2

Zuteilung eines Grundstücks im vereinfachten Umlegungsverfahren für Schule und Kindertagesstätte im „Künstlerviertel“, hier: Schulanteil

ANLAGE

6. **07-V-41-0032**

DL 52/07-4

Sanierung Kriegerdenkmal Nerotal / Kostenänderung

7. **07-V-51-0053**

DL 02/08-3

Neueröffnung der Kinderkrippe "Rosinchen" in Trägerschaft der Europa-Schule Dr. Obermayr

8. **07-V-51-0065**

DL 01/08-3

Nachwahlen eines stimmberechtigten und stellvertretenden Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss

9. **07-V-52-0019**

DL 02/08-5

Sportveranstaltungen von besonderer Bedeutung in 2008; Unterstützung nach den städtischen Sportförderungsrichtlinien

ANLAGE

10. **07-V-61-0012**

DL 01/08-4

Bebauungsplanentwurf "Europaviertel - Südwestlich der George-Marshall-Straße" im Ortsbezirk Rheingauviertel-Hollerborn

11. **07-V-61-0043**

DL 08/08-2

Bebauungsplan "Verlängerte Wandersmannstraße" im Ortsbezirk Erbenheim;
Satzungsbeschluss

ANLAGE

12. 07-V-61-0050

DL 03/08-4

Bebauungsplan "Sooderstraße/Pfahlerstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg - Satzungsbeschluss -
Aufhebung des Bebauungsplanes "Sonnenberg 1963/1" (Südwestlich der Bahnhofstraße
zwischen Pfahler- und Sooderstraße) - Satzungsbeschluss
Aufhebung des Bebauungsplanes "Sonnenberg 1969/2" (Bahnhofstraße)- Satzungsbeschluss

13. 07-V-61-0053

DL 03/08-5

Bebauungsplan "Felsenstraße" im Ortsbezirk Dotzheim; Beschluss über die öffentliche
Auslegung

14. 07-V-61-0056

DL 01/08-5

Bebauungsplanentwurf "Danziger Straße" im Ortsbezirk Sonnenberg
- Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes -

15. 07-V-61-0057

DL 01/08-6

Bebauungsplanentwurf "Danziger Straße" im Ortsbezirk Sonnenberg - Veränderungssperre -

16. 07-V-61-0063

DL 08/08-3, 01/08-7

Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) „Danziger Straße - Seniorenpflegeheim“ im Ortsbezirk
Sonnenberg
Beschluss über den Antrag auf Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes nach §
12 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13a BauGB sowie der Offenlagebeschluss

17. 07-V-61-0060

DL 50/07-4, 49/07-2

Stadtumbausatzung gemäß § 171 des BauGB in Kostheim/Kastel

ANLAGE

18. 07-V-66-0205

DL 02/08-6

Aktualisierung der Stellplatzsatzung

ANLAGE

19. **07-V-67-0018** **DL 52/07-12**
Kinderspielplatz Adolfsallee

20. **07-V-80-1008** **DL 02/08-7**
Freigabe von Mitteln des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften

21. **08-V-08-0002** **DL 02/08-8**
Martin-Niemöller-Schule; Konzept nach dem Brandanschlag

22. **08-V-41-0002** **DL 02/08-10**
Programm- und Finanzierungsübersicht IMF 2008

Zu den folgenden Vorlagen findet eine Sondersitzung des Ausschusses für Freizeit und Sport vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung statt.

23. **07-V-52-0018** **DL 02/08-4**
Ehrungsrichtlinien "Sport" der Landeshauptstadt Wiesbaden

24. **08-V-01-0001** **DL 08/08-4, 07/08-1**
Ball des Sports

Tagesordnung IV

1. **07-V-03-0009** **DL 52/07-1 NÖ**
HSK Rhein-Main GmbH;

- | | | |
|-----|---|----------------------------------|
| 2. | 07-V-03-0011
Bürgschaftsübernahme | DL 08/08-1 NÖ, 52/07-2 NÖ |
| 3. | 07-V-20-0076
Bürgschaft | DL 03/08-1 NÖ |
| 4. | 07-V-30-0022
Versicherungen der Landeshauptstadt Wiesbaden | DL 03/08-2 NÖ |
| 5. | 07-V-36-0033
Niederschrift über nicht öffentliche Sitzung Naturschutzbeirat am 30.08.2007 | DL 01/08-1 NÖ |
| 6. | 07-V-51-0055
Budgetumbuchung | DL 52/07-3 NÖ |
| 7. | 07-V-69-0016
Bauvorhaben TUS Eintracht Wiesbaden 1846 e.V. | DL 01/08-2 NÖ |
| 8. | 07-V-80-2349
Verzeichnis genehmigter Grundstücksvorlagen | DL 52/07-4 NÖ |
| 9. | 07-V-80-2351
Städtische Immobilien | DL 08/08-2 NÖ |
| 10. | 08-V-80-2301
Rückauflassungsrecht | DL 02/08-1 NÖ |

11. 08-V-80-2302

DL 02/08-2 NÖ

Verpachtung / Ankaufsoption städtisches Baugrundstück

12. 08-V-80-2303

DL 08/08-3 NÖ, 04/08-1 NÖ

Gärtnerei Schierstein

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin